

"Die Ruhrbehörde- "Wachhund der sechs Mächte" in Süddeutsche Zeitung (9. März 1950)

Legende: Am 9. März 1950 erinnert die Süddeutsche Zeitung an die Ursachen der Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung, was das Ruhrstatut betrifft, und zeigt, welche Rolle die Internationale Ruhrbehörde (IRB) spielt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Josef; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber FRIEDMANN, Werner. 09.03.1950, n° 57; 6. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"die_ruhrbehorde_"wachhund_der_sechs_machte"_in_suddeutsche_zeitung_9_marz_1950-de-be69afbd-f9a0-4ba1-a586-57e90c5d9b18.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Die Ruhrbehörde – „Wachhund der sechs Mächte“ ...

... aber auch ein Instrument europäischer Zusammenarbeit / Ruhrarbeiter ohne Sitz und Stimme

Düsseldorf (Eigener Bericht)

Professor K a e c k e n b e e k hat „ein internationales Experiment“ genannt, was die Amerikaner drüben ein wenig drastisch als „Six-Power-Watchdog“, als „Sechs-Mächte-Wachhund“ bezeichnen. Die I n t e r n a t i o n a l e R u h r b e h ö r d e in Düsseldorf ist eben ein Ding, über das man sehr verschiedener Meinung sein kann. Sie ist noch etwas Unfertiges, an das man mit aller Inbrunst des Idealismus glauben, das man aber ebenso gut wohlwollend-skeptisch als ungeeignetes Instrument zur wirtschaftlichen Befriedung Europas zur Kenntnis nehmen und belächeln kann. Es ist um so schwerer, zu einer klaren Vorstellung von den Funktionen, den Kompetenzen und den wirklichen Zielen dieses Gremiums zu kommen, als in dem flachen modernen Klinkersteinbau des früheren Düsseldorfer Finanzpräsidiums eine geradezu feierliche, gedämpfte Atmosphäre herrscht, die von Außenstehenden so schnell nicht zu durchdringen ist.

Ein Idealist und erfahrener Praktiker

Daß trotzdem die Arbeit der Ruhrbehörde begonnen hat, ist vor allem ihrem Generalsekretär, Professor Kaeckenbeek, zu danken. Er ist ein Idealist und ein mit allen Wassern gewaschener Praktiker des internationalen Völker- und Wirtschaftsrechtes zugleich. Er gehört also zu jener seltenen Sorte Menschen, die sich und anderen im Leben sehr gut helfen können, ohne dabei ihr Ziel aus den Augen zu verlieren. Der belgische Professor hat seine wertvollsten Erfahrungen in den Jahren 1922 bis 1937 als Präsident des Schiedsgerichtes im oberschlesischen Industriegebiet gesammelt. Was damals in Oberschlesien zur Diskussion stand, nämlich eine vertraggerechte Aufteilung der Schwerindustrie, das bewegt nun auch im Ruhrgebiet auf höherer Ebene die Gemüter. Es handelt sich heute allerdings nicht mehr darum, zwischen zwei Parteien über ein umstrittenes Industriegebiet zu entscheiden, sondern einen europäischen Maßstab anzulegen für salomonische Urteile, von denen zum guten Teil das zukünftige Schicksal der Vereinigten Staaten von Europa abhängt.

Die Ruhrbehörde und das Ruhrstatut sind nach Auffassung ihres Generalsekretärs nur ein Anfang. An einer Stelle in Westeuropa soll zunächst einmal mit der Verwirklichung der industriellen Zusammenarbeit begonnen werden. Der erste Schritt dazu ist auf deutscher Seite der Verzicht auf einen Teil der nationalen Wirtschaftssouveränität, auf alliierter Seite die Kontrolle nach übergeordneten europäischen Gesichtspunkten. Professor Kaeckenbeek sagt, die Ruhrkontrolle dürfe und könne nur ein erster Schritt sein – nämlich auf dem Wege zur internationalen Kontrolle aller westeuropäischen Industriegebiete.

Wer dem fülligen, etwas behäbigen, aber trotzdem temperament- und gemütvollen belgischen Generalsekretär der Ruhrbehörde gegenüber sitzt, ist sehr bald davon überzeugt, daß hier kein totes Gesetz mit verständnislosen und harten Exekutivorganen gegenüber dem Besiegten durchgesetzt werden soll. Die menschliche Wärme des belgischen Völkerrechtsprofessors, aber auch das wohlmeinende Verständnis der Hauptdelegierten der fünf außerdeutschen Mitgliedsnationen für das Ungewöhnliche und etwas Peinliche der deutschen Situation scheinen zu bestätigen, daß Institutionen nur das sind, wozu sie von den verantwortlichen Menschen gemacht werden.

Die Ruhrarbeiter sind übergangen worden

Wer das Ruhrstatut zur Hand nimmt, erkennt schnell, daß es sich zunächst um ein hartes Ausnahmerecht für das besiegte Deutschland handelt. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben je drei Stimmen, Holland, Belgien und Luxemburg je eine Stimme. Diesen zwölf Stimmen der Alliierten stehen drei deutsche Stimmen gegenüber, die nicht einmal in allen Fällen gleichberechtigt sind. Wenn es sich um die Verteilung von Kohle, Koks und Stahl aus Westdeutschland handelt, – denn dies ist zunächst als die wichtigste Aufgabe der Internationalen Ruhrbehörde proklamiert worden – sollte eigentlich Deutschland selbst ein gewichtiges und entscheidendes Wort mitzusprechen haben.

Die Arbeiter an der Ruhr sind im Ruhrstatut übergangen worden. Vielleicht wird sich das eines Tages in der Ruhrbehörde ändern. Denn die Gewerkschaften aller beteiligten Länder haben sich erst vor kurzem in Düsseldorf dafür ausgesprochen, daß erstens den deutschen Ruhrarbeitern selbstverständlich eine Stimme im Gremium der Ruhrbehörde eingeräumt werden müsse (dies ist inzwischen geschehen), daß aber darüber hinaus auch die Gewerkschaften der anderen Länder in der Ruhrbehörde vertreten sein sollen. Sie wollen jeweils den zweiten Mann, den Vertreter des eigentlichen Repräsentanten jedes Landes, stellen, wie das in Deutschland durch die Bestellung von Dr. Heinz P o t t h o f f als Vertreter und Assistent von Minister Blücher schon geschehen ist. Der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. h./c. Hans B ö c k l e r , ist sich keinen Augenblick darüber im unklaren gewesen, welche Diffamierung das Ruhrstatut für Deutschland im allgemeinen und für die deutschen Arbeiter im besonderen bedeutet. Wenn er trotzdem weitsichtig genug war, im Namen einer nach Millionen zählenden organisierten Arbeiterschaft den deutschen Beitritt zur Ruhrbehörde zu empfehlen, so ist dies im Gefühl der Verantwortung vor der europäischen Zukunft geschehen.

Man kann natürlich auf die Dauer mit drakonischer Härte kein Exempel der wirtschaftlichen Entmündigung statuieren, wenn man auf die Zusammenarbeit mit dem Besiegten Wert legt. Dies wissen auch die westlichen Alliierten und ihre Vertreter in der Ruhrbehörde. Es handelt sich beim Ruhrgebiet schließlich um das größte europäische Industriegebiet überhaupt. Das Ruhrstatut erstreckt sich darüber hinaus aber noch auf weitere Teile von Nordrhein-Westfalen. Großstädte wie Düsseldorf, Hagen, Krefeld, Solingen und Wuppertal, die alle nicht mehr zum eigentlichen Ruhrgebiet gerechnet werden können, sind der Aufsicht der Ruhrbehörde ebenso unterstellt, wie die eigentlichen Ruhrgrößstädte Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Oberhausen und andere.

Es hieße, die wirklichen Ziele dieses intereuropäischen Gremiums verkennen, wenn man es zum Instrument nationaler Konkurrenzkämpfe machen wollte. Zwar ist seine Organisation noch längst nicht abgeschlossen, es ist zum Beispiel nicht einmal Einigkeit darüber erzielt worden, wie viele der etwa 100 Angestellten Deutsche sein sollen. Auch die sachliche Arbeit der Ruhrbehörde mag bisher noch manchen Anlaß zur Kritik geben, zumal da die deutschen Güter, die auf europäischer Ebene von ihr bewirtschaftet werden sollen, kaum noch Mangelgüter sind. Trotzdem steht das vergleichsweise unscheinbare Atlantic House in Düsseldorf, in dem die Ruhrbehörde ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat, rangmäßig neben dem neuen UNO-Palast in New York. Denn hier wie dort soll nicht mehr in nationaler Befangenheit gedacht und gehandelt werden.

Bernd Hufschmid